Münsterländische Volks[zeitung]

Rheiner Volksblatt

Amtlicher Anzeiger für Stadt und Amt Rheine.

Organ der Zentrumspartei.

Bezugspreis: Monatlich frei durch unsere Boten ins Haus, sowie von der Geschäftsstelle abgeholt 5.00 Mk., im voraus zahlbar durch die Post frei ins Haus 15 — Mk. vierteljährlich. Die M. V. erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Druck und Verlag von Joseph Altmeppen in Rheine. Hauptgeschäftsstelle und Redaktion: Bahnhofstraße 2. Fernsprecher Nr. 352. — Telegramm-Adresse: Volkszeitung Rheine (Westf.) — Postscheckkonto Cöln Nr. 40394. — Postschließfach Rheine Nr. 75. —

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 1 mm Raumzeile 35 Pfg., für Stadt und Amt Rheine: 25 Pfg., behördliche sowie Bank- und Firmenanzeigen 30 Pfg. Reklamen 150 Pfg. Teuerungszuschlag 20 Proz. Anzeigenannahme bis 3 Uhr nachm. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebener Stelle wird keine Garantie übernommen. Für Fehler, welche durch Fernsprecher oder mangelhafte Manuskriptlieferung entstehen, wird nicht gehaftet. Bei zwangsweiser Beitreibung von Gebühren fällt jeder Rabatt fort.

Wöchentliche Beilagen: Für Unterhaltung: „Sonntagslese"; für Landwirtschaft: „Feld und Garten"; für Sport und Jugendpflege: „Jung Rheine"

Nr. 242 — Mittwoch, den 19. Oktober 1921 — 45. Jahrgang

Der Raub an Oberschlesien

Die Entscheidung abermals vertagt

Balfour über die Entscheidung des Völkerbundes

tpc. **Berlin,** 18. Okt. Aus London wird eine Ansprache wiedergegeben, die Balfour an die Pressevertreter über die Entscheidung des Völkerbundes bezüglich Oberschlesien gehalten hat. Seine Ausführungen gelten der Rechtfertigung über die vom Völkerbundsrat geplanten Beschlüsse. Er stellt zunächst fest, daß das erzielte Resultat einstimmig gefaßt worden sei. Aus seinen Worten geht deutlich hervor, was für einen wirtschaftlichen und politischen Widersinn die Entente zu dekretieren im Begriffe ist. Denn während Herr Balfour zugeben muß, daß es keinen Engländer geben würde, der in diesem Gebiete reist und nicht mit Bestürzung die Zerteilung dieses Gebietes sähe, ja sogar wegen dieser Zerschneidung ein Entsetzen empfänge, so gibt er sich auf der anderen Seite Mühe, den Teilungsplan schmackhaft zu machen und dem Völkerbund die Unabhängigkeit seiner Entscheidung zu bestätigen. Man erhält aus seinen Ausführungen weiterhin auch einen Begriff von den Manipulationen, die man sich ausgedacht hat, um dieses politisch geteilte, wirtschaftlich aber einheitliche Industriegebiet verwaltungstechnisch und organisatorisch zusammenhalten zu können. Man begeht dabei den fatalen Irrtum, zu glauben, daß man ein lebendiges Gebilde nach den Grundsätzen und Regeln von am grünen Tisch ausgeheckten grauen Theorien zusammenhalten könnte. Denn Balfour spricht von einer Methode, durch die die Eisenbahn innerhalb des Gebiets und alle Bergwerke, Hochöfen und Fabriken unter ihren augenblicklichen Besitzern bleiben würden. Während dieser Zeit sollen keinerlei zwangsweise Enteignungen gestattet sein. Die deutsche Währung solle das gesetzliche Zahlungsmittel in dem polnischen Teile des Gebiets während desselben Zeitraumes von 15 Jahren bleiben — für: 15 Jahre nämlich habe der Völkerbundsrat sorgfältige Vorsichtsmaßregeln getroffen, um, man höre und staune, die deutsche Industrie zu schützen. Vorkehrungen habe man getroffen, um die auf der einen Seite der Grenze erzeugten und auf der anderen Seite benötigten Rohstoffe ohne Schwierigkeiten und ohne Zölle herüberzuschaffen. Die Bewegungsmöglichkeit von einzelnen Personen soll möglichst ungehindert bleiben. Auch für die Wasserversorgung habe man Sicherungen getroffen.

Mit diesen Andeutungen Balfours, die nur ahnen lassen, was die Entente in wirtschaftlicher Beziehung sich ausgesonnen hat, stimmen die Informationen überein, die vom Observer über die oberschlesische Entscheidung gegeben werden. Vom diplomatischen Mitarbeiter dieses Blattes werden nämlich 13 Punkte veröffentlicht, auf deren Grundlage der Teilungsplan auch nach der wirtschaftlichen Seite hin ausgebaut werden soll. Zuerst heißt es: eine Grenze soll gezogen werden, die das Industriegebiet durchschneidet. Grundsatz für sie soll gewesen sein, daß ein Minimum von Polen auf der deutschen Seite und ein Minimum von Deutschen auf der polnischen Seite zurückbleiben sollte. Der Rest von 12 Punkten behandelt die wirtschaftlichen Maßnahmen zur „Aufrechterhaltung des wirklichen Charakters des Industriegebietes". Für 15 Jahre soll eine gemischte Kommission von Deutschen und Polen das Gebiet wirtschaftlich verwalten, nach Wunsch auch unter Vorsitz eines Vertreters des Völkerbundes. Zunächst handelt es sich um die Eisenbahn. Das ganze Eisenbahnsystem, ob deutsch oder polnisch, soll zu einem einheitlichen zusammenhängenden System innerhalb des Industriegebietes zusammengefaßt werden. Der Reingewinn soll beiden Zonen zufließen im Verhältnis zur Menge der Schienenstränge und des Umfanges des Verkehrs. Weiter handelt es sich um die Zollgrenze. Man will zwei Uebergangsperioden schaffen, eine von 6 Monaten und eine von 14½ Jahren, während deren die normale Durchführung der Zollgesetzgebung aufgehoben sein soll. In der Periode der 6 Monate soll für beide Teile vollkommene Freiheit herrschen, ihre Geschäfte so zu organisieren, als ob die politische Grenze nicht bestände. In der Zeit von 14½ Jahren sollen alle Rohstoffe dieses Gebietes die Grenze ohne Zollabgabe passieren und zurückpassieren dürfen. In den 15 Jahren will man die gewaltsame Enteignung von Privateigentum verbieten. Deutschland soll das Recht erhalten, an den Völkerbund zu appellieren, falls die polnische Gesetzgebung für die Dauer von 15 Jahren die deutschen Interessen schädigt. (Wie es mit solchen Appellen steht, haben wir zur Genüge schon erfahren dürfen! Vergleiche Eupen-Malmedy und die Bahn von Monschau.) Die Deutschen auf der polnischen Seite sollen während der 15 Jahre für die deutsche Staatszugehörigkeit optieren. Gesetzliches Zahlungsmittel soll die deutsche Mark sein, auch in der polnischen Zone. Die deutsche Sozialgesetzgebung soll bleiben, bis die polnische Regierung entsprechende eigene Gesetze erläßt. Die Wasserversorgung will man unter dauernder internationaler Kontrolle halten. Die Lieferung von elektrischer Kraft soll nicht unterbrochen werden. Die Polen sollen das Recht haben, eine der beiden Kraftstationen zu kaufen. Wie der diplomatische Vertreter des Observer hinzufügt, ist über die genaue Grenzführung noch nichts zu erfahren. Soviel sei jedoch bekannt, daß außer Pleß und Rybnik auch Kattowitz trotz seiner deutschen Mehrheit von fast 80 Prozent an Polen fallen solle, sowie Königshütte und Tarnowitz. Der Observer fügt hinzu, daß damit die oberschlesische Frage nicht gelöst sei, vielmehr müsse man danach erst recht ein großes Chaos erwarten. Die Entscheidung zeige die volle Unfähigkeit der Alliierten und dem Bankerott des Obersten Rates folge nunmehr der Bankerott des Völkerbundes.

Auf deutsch heißt dieser Plan: die Einheit und Kompliziertheit dieses Wirtschaftsgebietes wird also auch von der Entente restlos eingestanden. Dem politischen Gesichtspunkt, der französischen Freundschaft für Polen und der Verhinderung von ernsthaften Differenzen der Entente zuliebe, muß dieses Wirtschaftsgebiet zerrissen werden und Deutschland bluten. Um seine Leistungsfähigkeit zu erhalten, sollen 15 Jahre lang die deutschen Kräfte ungehindert weiter arbeiten dürfen. Diese Zeit soll die Polen allmählich in den Sattel setzen. Gerade aus diesen Sicherungsmaßnahmen ersieht man deutlich die Furcht der Entente vor einer kommenden polnischen Wirtschaft in dem Polen zugesprochenen Teile Oberschlesiens und ersieht weiterhin daraus, daß die Entente ganz gut weiß, wie Oberschlesien durch deutschen Industriefleiß, deutsche Arbeit, deutschen Ordnungssinn, deutsche Intelligenz und deutsche Organisationstüchtigkeit zu dem geworden ist, was es jetzt bedeutet. Die Ungerechtigkeit, die brutale Willkür, das Recht dem eigenen Vorteil zu opfern, wird vor aller Welt offenbar. Die Entente hat der Geschichte ein neues Brandmal hinzugefügt. Deutschland wird durch Willkürakt und Rachsucht aus seinem Recht vertrieben!

Abermalige Vertagung der Entscheidung

wtb. Paris, 18. Okt. Die Sitzung der Botschafterkonferenz die heute nachmittag wegen Inkraftsetzung der Empfehlung des Völkerbundsrates über Oberschlesien stattfinden sollte, wurde vertagt; sie wird voraussichtlich am Mittwoch stattfinden. Es wurde in der Tat für erforderlich gehalten, eine juristische Prüfung der Frage vorzunehmen, und man erwartet die Ankunft des englischen Juristen Making. Lord Hardinge, der an der letzten Sitzung der Konferenz nicht teilnahm, fährt morgen nach Paris zurück.

Königshütte gegen die Zuteilung an Polen

ut. **Königshütte,** 19. Okt. Der Kaufmännische Verein, der Verein katholischer Kaufleute und der Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften und die deutschen Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung wandten sich in Telegrammen an die Ministerpräsidenten von England und Italien und an den Obersten Rat gegen die Zuteilung von Königshütte an Polen. Alle Telegramme betonen, daß die 80 000 Einwohner zählende Stadt mit ¾ Mehrheit für Deutschland gestimmt hat.

Eine „Beruhigungs-Kommission" für Oberschlesien

tu. **Paris,** 18. Okt. Die Botschafterkonferenz wählte eine Kommission, die alle Sicherheitsmaßnahmen in Oberschlesien treffen soll und bereits nach Oppeln abgereist ist; die in Oberschlesien befindlichen Ententetruppen sollen in den am meisten gefährdeten Punkten zusammengezogen werden.

Keine Rückkehr Dr. Wirth's?

Zur Frage der Regierungsumbildung.

wtb. **Berlin, 19. Okt. (Drahtbericht.) Die in den letzten Tagen zwischen den Parteien geführten Verhandlungen über die Umbildung der Reichsregierung haben noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Doch besteht Aussicht, daß man in den nächsten Tagen zu einem Resultat gelangen wird. Die Parteien stehen auf dem Standpunkt, daß eine vollständige Neubildung des Kabinetts erfolgen muß. Welche Partei den Reichskanzler stellen wird, steht noch nicht fest.**

Aus volksparteilichen Kreisen hört „Der Deutsche", daß man mit der Möglichkeit der Berufung eines sozialdemokratischen Reichskanzlers rechnet, umsomehr, als die Stellung der Mehrheitssozialdemokratie durch das für sie günstige Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahl eine erhebliche Stärkung erfahren hat und zwar auch den Unabhängigen und Kommunisten gegenüber. Vermutlich würde die Deutsche Volkspartei in diesem Falle auf der Besetzung einzelner Fachministerien als Kompensation bestehen. „Der Deutsche" bemerkt hierzu: Wir möchten uns diesen Gerüchten gegenüber vorläufig abwartend verhalten. Festzustehen scheint in jedem Falle, daß Dr. Wirth nicht wiederkehren wird.

Um die Kabinettsbildung

wtb. **Berlin,** 18. Okt. Die gestrige Sitzung des interfraktionellen Ausschusses ist, wie der „Vorwärts" berichtet, ergebnis geblieben. Die bürgerlichen Parteien gaben über die Frage der Demission des Kabinetts keine Erklärungen ab. In der Steuerfrage konnte ebenfalls kein Fortschritt erzielt werden, da bestimmte Nachrichten über die geplante Kredithilfe der Industrie nicht vorlagen. Man trennte sich, so schreibt der „Vorwärts", mit dem Gefühl, einander nicht näher gekommen zu sein. Die nächste Sitzung findet heute 11.30 Uhr statt.

Die Parteileitung der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, mit Rücksicht auf die durch die Entscheidung über Oberschlesien herbeigeführte politische und parlamentarische Lage den für den 24. und 25. Oktober in Stuttgart angesetzten Parteitag vorläufig zu verschieben.

Wie die T.-U. erfährt, ist der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der Zentrumspartei für Mittwoch vormittag zu einer Sitzung einberufen worden. Es ist anzunehmen, daß diese Sitzung die endgültige Entscheidung des Zentrums zur Kabinettsfrage bringen wird.

Zur Regierungskrise

Berlin, 18. Okt. Die heutige Information der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" über den Stand der Verhandlungen in der Frage der Umbildung der Reichsregierung wird von mehreren Berliner Abendblättern lebhaft besprochen. Die „Kreuz-Zeitung" kann die Mitteilung der D. A. Z. wohl nur als die Auffassung volksparteilicher Kreise ansehen, und es erscheint ihr zweifelhaft, ob sie tatsächlich die Stimmung „der Parteien" wiedergibt. Nach der Auffassung der „Kreuz-Zeitung" scheint nur ein formeller Rücktritt des Kabinetts Wirth bevorzustehen. Anders urteilt die „Tägl. Rundschau", nach welcher die Mitteilung der D. A. Z. nicht ohne das Vorwissen offiziöser Kreise erfolgt sein dürfte. Besondere Beachtung schenkt die „Tägl. Rundschau" der Bemerkung „des noch immer der Regierung nahestehenden Blattes", daß der künftige Kanzler nicht aus der Reihe der bisherigen Minister kommen solle. Die sozialistischen Blätter treten auch heute abend noch für Dr. Wirth ein, wobei der „Vorwärts" wiederholt, daß jede neue Regierung, weil sie muß, genau so wie die Regierung Wirth handeln würde, während die „Freiheit" den Rücktritt der Regierung Wirth vom außenpolitischen Gesichtspunkt aus als schädlich betrachtet.

Der König von Bayern †

wtb. **München,** 19. Oktober (Drahtber.)

Der frühere König Ludwig 3. von Bayern ist am Dienstag nachmittag um 4,30 Uhr in Sarvar (Ungarn) gestorben.

Der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern war am Montag abend ebenfalls an das Krankenbett seines Vaters nach Sarvar in Ungarn abgereist. Alle Kinder des früheren Königs waren in der Sterbestunde ihres Vaters versammelt.

Exkönig Ludwig 3 von Bayern wurde am 7. Januar 1845 zu München als Sohn des Prinzregenten Luitpold geboren, hat also ein Alter von fast 77 Jahren erreicht. Ludwig 3. wurde nach dem Tode seines Vaters im Jahre 1912 Prinzregent und im folgenden Jahre König. Im November 1918 dankte er ab.

Verringerung des Mannschaftsbestandes der Schupo

tu. **Berlin, 19. Okt. (Drahtbericht.) Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wurde der Mannschaftsbestand der Schupo bei den Hundertschaften von 121 auf 104 herabgesetzt. Die Ursache dieser Reduktion ist die Note der Entente, daß in der Zahl der Polizeikräfte entgegen den ursprünglichen Vereinbarungen die Zahl der Kriminalbeamten nicht einbegriffen sei.**

Ausschreitungen der Nationalsozialen

tu. **München,** 18. Okt. Am Sonntag nachmittag wurden in Altheimereck zwei große Schaufenster des Verlagsgeschäftes der Firma Birk u. Co. (Münchener Post) mit Steinen zertrümmert, ein weiteres Fenster schwer beschädigt. Die Täter sind offenbar Nationalsozialisten, die in größerer Zahl von der Versammlung im Wagner Saal aus nach dem Altheimereck marschiert waren.

Der RDO. für eine Abwehrfront der „Gutgesinnten"

tu. **Berlin,** 18. Okt. Der Nationalverband „Deutscher Offiziere übersandte dem Reichskanzler gestern folgendes Telegramm: „In dem Augenblick, wo die Gefahr eines neuen Raubes unersetzlichen deutschen Landes bevorzustehen scheint, wendet sich der Nationalverband Deutscher Offiziere unter Hintanstellung aller politischen Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze an Sie, Herr Reichskanzler, mit der eindringlichen Bitte, durch klare Ablehnung jedes neuen Reichsbruches, insbesondere jeder mit dem Friedensvertrag im Widerspruch stehenden Forderung der Vertragsgegner in letzter Stunde eine einheitliche Abwehrfront der „Gutgesinnten" herzustellen, die allein Oberschlesien vielleicht noch beim Reiche erhalten kann."

Die Berliner Presse zum Wahlausfall

Berlin, 18. Okt. Die Berliner Gemeindewahlen, die anstelle der bisherigen sozialistischen Mehrheit im Gemeindeparlament eine, wenn auch schwache bürgerliche Mehrheit gesetzt haben, werden natürlich in den Berliner Zeitungen lebhaft kommentiert. Der „Vorwärts" schreibt: Das Bürgertum hat Recht zu jubilieren. Es hat erreicht, woran zu denken zu Bebels Zeiten beinahe eine Lächerlichkeit gewesen wäre: Berlin, das „rote Berlin", hat keine sozialdemokratische Mehrheit, es hat auch keine noch so mühsam zusammengeflickte „sozialistische Mehrheit"! Die „Freiheit" sagt, daß dieses Ergebnis für die Berliner Arbeiterschaft kein Ruhmesblatt sei, und die „Rote Fahne" überschreibt ihre Ausgabe „Stinnes erobert Berlin!" Die bürgerlichen Blätter, allen voran natürlich die der siegreichen Partei der Deutschnationalen, geben ihrer vollen Befriedigung über den Wahlausfall Ausdruck. Die „Kreuz-Zeitung" hebt hervor, daß die Berliner Wähler der deutschnationalen Partei eine glänzende Genugtuung bereitet haben. Die „Deutsche Tageszeitung" nennt die Berliner Wahl einen Prüfstein für die Beurteilung der inneren Politik des Kabinetts Wirths durch die Oeffentlichkeit, die über diese Politik den Stab gebrochen hat. Der „Lokal-Anzeiger" erhofft, daß für das nichtsozialistische Bürgertum von Groß-Berlin nun wieder bessere Tage kommen werden. Die „Tägliche Rundschau" bezeichnet es angesichts der trotz der allseitigen Wahlagitation recht geringen Wahlbeteiligung von etwa 64 Prozent als ein Wunder, daß es den Bürgerlichen gelungen ist, die rote Mehrheit zu brechen. Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" ist kaum anzunehmen, daß das Bürgertum dem Beispiel der Linken folgen und nun seinerseits eine Parteidiktatur aufrichten wird.

Dabei ist Ludendorff — nach Schweden geflohen . . .

Eine Erklärung Ludendorffs

wtb. **Berlin,** 18. Oktober. In eigner Sache veröffentlicht General Ludendorff folgendes:

Herr Ph. Scheidemann schreibt in der „Glocke": „Dabei ist Ludendorff . . . . nach Schweden geflohen, während Hindenburg, Groener und Scheüch in anerkennenswertem Pflichtgefühl und aus Sorge um das zurückflutende Heer im Dienst blieben." Ganz abgesehen davon, daß das Heer nicht zurückflutete, da die kämpfenden Truppen fest in der Hand ihrer Führer waren, mache ich demgegenüber folgende Feststellung: 1. Ein Vergleich zwischen meinem Handeln und dem der genannten drei Offiziere ist ganz ausgeschlossen, da ich am 26. Oktober verabschiedet worden war und jenes, wie ich annehmen muß, auf Drängen des Kriegskabinetts, dem auch Herr Scheidemann angehörte, geschehen ist. Ich glaube, das Kriegskabinett oder später die drei Volksbeauftragten hätten meine Dienste gar nicht angenommen, wenn ich auf den Gedanken gekommen wäre, sie von neuem anzubieten und gleich den genannten Herren mit ihnen zu arbeiten. 2. Ich bin nach Ausbruch der Revolution nicht nach Schweden geflohen. Zunächst war ich, da verabschiedet, Privatmann und konnte mich als Deutscher hinbegeben, wohin es mir paßte. Hier lag aber die Sache noch anders. Infolge der Hetze, die namentlich von sozialdemokratischer Seite gegen mich betrieben war, war ich in den Revolutionstagen für alle die eine Gefahr geworden, die mich aufnahmen oder aufnehmen wollten. Eine eigne Wohnung besaß ich damals nicht. Ich sandte deshalb Hauptmann Bremker zum Minister Scheüch, damit dieser den Volksbeauftragten Ebert zum Schutz für mich und die ersuchte, die mich aufnahmen.

...vresen
...r Paß
...zu-
...be-
...rud.

...Friedrich Leopold

...Okt. Vor dem Landgericht I wurde der ...chen dem preußischen Finanzminister und dem Prin... ...ich Leopold von Preußen entschieden.
...Finanzminister hatte das Vermögen des Prinzen be... ...nt und sein Einkommen gesperrt. Dieser sah sich ge... ...inen Besitz und sein Mobiliar in Lugano zu verpfän... ...war dann in Lugano ein Vertrag abgeschlossen worden, ...in der Finanzminister die aufgelaufenen Schulden be... ...und Pfandstücke und Hypotheken dem deutschen Gesandten ...n in Verwahrung gegeben wurden. In Verfolg neuer ...enzen drohte der Finanzminister mit dem sofortigen Ver... ...der verpfändeten Gegenstände. In der heutigen Verhand... ...g zog der Vertreter des Finanzministeriums seine Drohung ...ück. Das Gericht verurteilte den Finanzminister, anzuerken... ...n, daß der Vertrag seitens des Prinzen nicht verletzt wurde, ...er kein Recht habe, den angedrohten Verkauf der Pfand... ...ke vorzunehmen. Die Kosten wurden dem Finanzminister ...erlegt.

Neues aus aller Welt

Blutiger Zwischenfall in Hindenburg

wtb. Hindenburg, 18. Okt. Gestern abend 9,30 Uhr wurde der 39 Jahre alte Schmied Paul Pelka in Hindenburg in der Staplerschen Wirtschaft von einem französischen Soldaten nach voraufgegangenem Streit durch einen Revolverschuß getötet. Ueber den Unfall, der in seinen Einzelheiten noch nicht aufgeklärt ist, ist die interalliierte Kommission sofort benachrichtigt worden mit der Bitte um strenge Untersuchung. Der französische Soldat hat sich der Behörde gestellt. Er behauptet, von dem Getöteten angegriffen und bedroht worden zu sein, während Augenzeugen bestreiten, daß er in der Notwehr gehandelt habe.

Berlin ohne bürgerliche Zeitungen

tu. Berlin, 18. Okt. Die gesamte bürgerliche Presse Berlins ist am Dienstagmorgen nicht erschienen. Der Grund dazu liegt in einer Differenz, die am Samstag plötzlich beim Mosse-Verlag ausgebrochen ist. Auf Grund einer Vereinbarung des großstädtischen Zeitungsverlegervereins haben sich sämtliche Berliner Zeitungen mit dem Verlag Mosse solidarisch erklärt und bekanntgegeben, daß sie zum Schutze des Tarifgedankens am Dienstagmorgen nicht erscheinen würden.

Nur der „Vorwärts", die „Freiheit" und die „Rote Fahne" schließen sich aus. Auch die „Kreuzzeitung" und die „Deutsche Zeitung" sind heute morgen erschienen.

Zur Nachahmung!

Gifhorn, 18. Okt. Das Rittergut Warxbüttel (Freifrau von Marenholtzsche Gutsverwaltung in Groß-Schwülper) hat 50 Zentner Speisekartoffeln an Krieger- und andere Witwen im Kreise umsonst, ferner 253 Zentner Kartoffeln an Versorgungsbedürftige des Kreises zu je 30 ℳ geliefert. Außerdem hat es 50 Zentner dem Adolfsbund Hannover Annastift, Frauenbund, Stephansstift) zur Verfügung gestellt.

Aus dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat.

tu. Berlin, 18. Okt. Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats hörte eine Reihe von Sachverständigen der Finanzwelt zu den Anträgen über die Frage der Besteuerung der Spekulation in Wertpapieren und der Kontrolle des Devisenverkehrs. Die Sachverständigen hielten eine Besteuerung für durchaus möglich. Für die Kontrolle wurden verschiedene Vorschläge gemacht.

Amtseinführung des neuen Polizeipräsidenten von München

tu. München, 18. Okt. Gestern vormittag 11 Uhr fand im Turnsaal der Münchener Polizeidirektion die amtliche Einführung des neuen Polizeipräsidenten Nortz statt.

Erhöhung der Aerztehonorare in Großberlin

tu. Berlin, 18. Okt. In einer Zusammenkunft von Vertretern des Groß-Berliner Aerztebundes und der Aerztekammer am 14. Oktober ist beschlossen worden, in einheitlicher Weise die ärztlichen Honorare der gegenwärtigen Teuerung anzupassen.

Ende des Streiks auf der Dortmunder Union

tu. Dortmund, 17. Okt. Der Streik auf der Dortmunder Union ist beendet. Die streikenden Arbeiter haben die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen.

Eine Verhaftung wegen Landesverrat

Berlin, 17. Okt. Unter dem Verdacht, Aktenstücke oder Urkunden, welche die Rechte des Deutschen Reiches gefährden könnten, an eine fremde Macht ausgeliefert zu haben, ist der Schriftleiter der Zeitschrift „Freie Presse", Heinrichs Wand, verhaftet worden. Vor etwa 15 Tagen bemerkte ein Beamter des Reichsarchivs, daß ein Fremder sich in Abteilungen zu schaffen machte, in denen Urkunden über die Kriegführung in Frankreich und Belgien untergebracht sind. Als sich der Fremde mit den Akten aus dem Gebäude entfernte, wurde er festgenommen. Er gestand, daß er von Wand den Auftrag erhalten habe, gewisse Aktenstücke aus dem Reichsarchiv zu entwenden. Beobachtungen Wand's haben den Verdacht erweckt, daß Wand die Akten einer fremden Regierung ausliefern wollte.

Wegfall der Kriegsreifeprüfung

tu. Berlin, 18. Okt. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat in einem Erlaß vom 30. September bestimmt, daß in Zukunft Nichtschüler das Reifezeugnis und das Obersekunda-Zeugnis nur noch durch Ablegung der regelmäßigen Prüfung erwerben können, und daß auch Kriegsteilnehmern bei dieser Prüfung eine Erleichterung nicht mehr gewährt werden kann. Alle Anträge auf Zulassung zu den regelrechten Prüfungen sind wie bisher an die zuständigen Provinzialschulkollegien zu richten.

Gegen das Frauenstimmrecht in der Schweiz

tu. Genf, 17. Okt. In der Schweiz fand gestern eine Sitzung über die Einführung des Frauenstimmrechts statt. Im Kanton Genf wurden 14 666 gegen und 6629 für Einführung des Frauenstimmrechts abgegeben. Die Kantone St. Gallen und Neuchatel haben sich ebenfall gegen eine Einführung des Frauenstimmrechts ausgesprochen.

Vor einem Eisenbahnerstreik in den Vereinigten Staaten

tu. Newyork, 17. Okt. Die Eisenbahnarbeiter der Vereinigten Staaten haben die vom Arbeitsamt angeordnete Lohnherabsetzung von 10 Prozent nicht anerkannt. Für den 20. Okt. ist bereits der Streik angegeben, dem sich eine Million Arbeiter anschließen werden. Die Regierung hat sofort Schritte unternommen, um den für das wirtschaftliche Leben der Vereinigten Staaten sehr verhängnisvollen Aufstand zu verhüten.

Die Abstimmung in den Höchster Farbwerken

tu. Höchst, 17. Okt. Die gestrige Abstimmung der Belegschaft der Höchster Farbwerke über die Frage der Wiederaufnahme der Arbeit zu den von der Direktion gestellten Bedingungen hatte folgendes Ergebnis: Abgegeben sind 6038 Stimmen, davon sind 1665 mit „ja" u. 1295 mit „nein". 78 Stimmen waren ungültig Einige noch ausstehende Ergebnisse ändern an der Mehrheit nicht mehr. Die Arbeit soll, sobald es technisch möglich ist, wieder aufgenommen werden.

Westfälische Zentrumspartei

Sitzung des Provinzialausschusses der westfälischen Zentrumspartei.

Der Provinzialausschuß der Westfälischen Zentrumspartei trat in Hamm zu einer wichtigen Sitzung zusammen. Außer den erschienenen Abgeordneten begrüßte der Vorsitzende, Abg. Herold, besonders den Landeshauptmann der Provinz Westfalen, Dieckmann, und widmete dann den verstorbenen Zentrumsführern in bewegten Worten einen Nachruf. Noch niemals sei eine Partei von so schweren Verlusten getroffen worden. Aber den Mut dürfe man nicht sinken lassen. Ein gutes Heer finde immer Generäle. Aber die besten Generäle könnten nichts leisten ohne ein gutes Heer. Wir können daher das Andenken der verstorbenen Führer nicht besser ehren als dadurch, daß wir in ihrem Sinne weiterschaffen und das Gelöbnis ablegen, immer fest zur Zentrumspartei zu stehen. — Stehend hörte die Versammlung den warmempfundenen Worten des Vorsitzenden zu.

Beim Punkt 2 stellt sich der Provinzialausschuß einstimmig auf den Boden des Beschlusses des Provinzialvorstandes der Westfälischen Zentrumspartei, die den Erzbergerbund ablehnt. Der Antrag der Zentrumspartei Hagen, den nächsten Westfälischen Zentrumsparteitag in Hagen abzuhalten, wurde dem Provinzialvorstand überwiesen.

In der Kartoffelfrage wurde folgende Entschließung angenommen:

Der heute tagende Provinzialausschuß der Westfälischen Zentrumspartei ersucht mit allem Nachdruck die Landwirte Westfalens, die Kartoffeln der diesjährigen Ernte schnellstens zur Ablieferung zu bringen. Bei der Preisbewegung ist jede übertriebene Forderung zu vermeiden und Rücksicht zu nehmen auf die Notlage weiter Schichten des Volkes, für welche die Kartoffeln das wichtigste Nahrungsmittel sind. Vor allem ist dem wilden Händlertum, welches häufig wucherische Preise bietet, die Tür zu weisen. Die Behörden werden aufgefordert, diesem Händlertum, welches treibend wirkt, mit aller Rücksichtslosigkeit entgegenzutreten.

Der Provinzialausschuß richtet ferner an die Reichseisenbahnverwaltung das dringende Ersuchen, bedeckte Wagen in ausreichender Anzahl zum Kartoffeltransport zur Verfügung zu stellen.

Namens der Kassenprüfer erstattete Abg. Dr. Horster Bericht über die Kassenführung, die in Ordnung befunden wurde. Dann nahm der Provinzialausschuß Stellung zum neuen Programmentwurf. Es waren eine Reihe Ergänzungslinien eingebracht, die mit dem Entwurf dem Reichsparteiausschuß überwiesen wurden. Ueber die politische Lage verbreitete sich ausführlich der Vorsitzende. In der Diskussion ergriffen u. a. die Abgeordneten Dr. Schreiber, Gronowski und Dr. Reineke das Wort.

In der oberschlesischen Frage faßte der Provinzialausschuß folgende Entschließung:

Gegenüber der Androhung einer Zerreißung Oberschlesiens und der damit verbundenen Ueberantwortung einer treudeutschen Bevölkerung und einer hochwertigen Industrie, die von deutscher Arbeitskraft aufgebaut und für Deutschlands Volkswirtschaft unentbehrlich ist, an den polnischen Staat, erhebt die Zentrumspartei den schärfsten Einspruch. Eine solche Entscheidung verläßt den Boden des Rechts und spricht den Abstimmungsergebnissen Hohn. Die Zerreißung Oberschlesiens wird ein unauslöschliches Gefühl tiefster Erbitterung im ganzen deutschen Volke hervorrufen. Die Entscheidung des Völkerbundsrates würde keine Erledigung der oberschlesischen Frage bedeuten, sondern müßte neue Verwickelungen schlimmster Art heraufbeschwören. Das deutsche Volk kann bei einer so katastrophalen Schwächung seiner volkswirtschaftlichen Hilfskräfte trotz besten Willens unmöglich die grausamen Lasten tragen, die ihm der Feindbund aufgebürdet hat.

Die Westfälische Zentrumspartei erwartet, daß sich die Reichsregierung auch fernerhin mit dem schärfsten Nachdruck für unser gutes deutsches Recht auf Oberschlesien einsetzt, daß eine Entscheidung, die Oberschlesien zerreißt, uns einer neuen politischen und wirtschaftlichen Lage gegenüberstellt, die eine Fortführung der bisherigen Politik in Frage stellt.

Unseren schwergeprüften deutschen Brüdern in Oberschlesien reichen wir in dieser Stunde tiefbewegt die Hand. Treue um Treue! Westfalen wird Oberschlesien nicht vergessen.

15. Deutscher Handlungsgehilfentag im Städt. Saalbau Essen-Ruhr

Unter Beteiligung von mehr als 4000 Handlungsgehilfen aus dem In- und Auslande wurde Sonntag morgen um 10 Uhr der 15. Deutsche Handlungsgehilfentag eröffnet. Der Vorsitzende, Verbandsvorsteher Bechly-Hamburg, begrüßte zunächst die Ehrengäste, Herrn Ministerpräsidenten Stegerwald, Herrn Oberregierungsrat Dersch vom Reichsarbeitsministerium, Herrn Regierungsrat Dr. Frielinghaus vom Ministerium für Handel und Gewerbe, Herrn Oberbürgermeister Luther als Vertreter der Stadt Essen, Herrn Landtagsabgeordneten Rührop vom Zentrum und Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Grundmann von der Deutschen Volkspartei. Zahlreiche Vertreter von Verbänden, die dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, zu welchem sich auch bekanntlich der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband bekennt, waren anwesend, um so das Interesse für diese bedeutsame Tagung zu bekunden.

Der Vorsitzende wies zunächst auf die Entscheidung der oberschlesischen Frage hin, aus der das deutsche Volk erkennen sollte, daß die wahre Volksgemeinschaft allein uns über die Not der Gegenwart hinweghelfen kann. Leider scheint in weiten Volkskreisen die gegenteilige Ansicht vorherrschend zu sein, indem man versucht, einen einseitigen Materialismus zu treiben, der uns letzten Endes nicht helfen kann, sondern nur die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer mehr in Erscheinung treten läßt. Wir müssen daher an die leitenden Kreise von Industrie und Handel die ernste Mahnung richten, diesen Standpunkt zu verlassen und eine Wirtschaftspolitik zu treiben, die auch den Arbeitnehmern, in diesem Fall den deutschen Kaufmannsgehilfen, die Existenzmöglichkeit verbürgt. Bechlys Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und die vieltausendköpfige Menge stimmte begeistert in das Hoch auf Volk und Vaterland ein.

Nachdem die obengenannten Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden die Versammlung begrüßt hatten und auch Herr Ministerpräsident Stegerwald als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in ausführlichen Darlegungen klar die Stellungnahme der mehr als 2 Millionen Mitglieder zählenden Interessengemeinschaft zu den wichtigsten Tagesfragen erörtert hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Den ersten Vortrag hielt Herr Max Habermann-Hamburg über die wirtschaftliche Lage und die gewerkschaftlichen Aufgaben. Ausgehend von den erschütternden Nachrichten über die Zukunft unseres Oberschlesiens wies er nach, daß die Wirtschaft des deutschen Volkes durch die Folgen des verlorenen Krieges ein Spielball in den Händen des ausländischen Großkapitals geworden sei. Der Stand der Kaufmannsgehilfen als ein wichtiger Faktor im deutschen Wirtschaftsleben lehne es ausdrücklich ab, Sklavenarbeit für unsere früheren Feinde zu leisten. Sie fordern vielmehr, daß ihre Arbeit als Wertarbeit anerkannt wird und so entlohnt sein muß, daß jeder sich berufen fühlt, voll und ganz seine Pflicht zunächst im Dienste des Standes und dann aber auch zum Wohle des ganzen Volkes erfüllen zu können. Eine dahingehende Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Herr Fedisch-Berlin hielt den zweiten Vortrag über die Zukunft der deutschen Sozialversicherung. Der Redner trat besonders für die Erhaltung der Berufskrankenkassen und für das Weiterbestehen der Angestelltenversicherung ein. Im Gegensatz zu den sog. freien Afa-Gewerkschaften stehen die versammelten Angestellten auf den Standpunkt, daß eine Reform der Angestelltenversicherung wohl zu gegebenen Verhältnissen führen, nicht aber eine Verschmelzung mit der Invalidenversicherung. Eine entsprechende Entschließung fand ebenfalls einstimmig Annahme. Mit einem packenden Schlußwort des Verbandsvorstehers Hans Bechly-Hamburg fand die glänzend verlaufene Tagung gegen 2 Uhr nachmittags ihr Ende. Bemerkt sei noch, daß die großartige Willenskundgebung von künstlerischen Orgel- und Gesangsvorträgen umrahmt war.

19

Liebe erweckt Liebe.

Originalroman von **H. Courths-Mahler.**

Nachdruck verboten.

Jedenfalls war er in keiner beneidenswerten Stimmung, als er am nächsten Tage vor dem Kommerzienrat Volkmer stand und ihn in aller Form um die Hand seiner Tochter Ellen bat. Ellen war ihm mit glückstrahlenden Augen entgegengeflogen, auch er mußte eine glückliche Miene zur Schau tragen. Hatte er sich doch schon lange Zeit Ellen gegenüber als sehnsüchtiger Liebhaber aufgespielt. Heimlich bewarb er sich schon lange um die reiche Erbin.

Während er den glücklichen Bräutigam spielen mußte, verglich er immer wieder Ellen mit Felicitas. Wie unschön und reizlos erschien ihm Ellen mit dem blassen, schmalen Gesicht, mit der lang aufgeschossenen Gestalt, deren eckige Linien auch von der kostbaren Robe nicht ganz verhüllt werden konnte. Und Ellens blaßblaue Augen — wie ausdruckslos erschienen sie ihm, wenn er an die stolz und zärtlich strahlenden Sterne dachte, die ihn stets so leuchtend begrüßt hatten. Wohl sahen ihn auch Ellens Augen liebevoll und zärtlich, aber sie weckten kein Echo in seiner Brust.

Alser Ellen in seinen Armen hielt, mußte er an Fee denken, deren schlanke, jugendschöne Gestalt mit der weichen, edlen Rundung der Linien ihn so oft entzückt hatte.

Nein — Harry Forst war als Verlobter Ellen Volkmers durchaus nicht so glücklich und zufrieden, wie er gehofft hatte, trotzdem sein Schwiegervater ihm schwindelnd hohe Zahlen nannte, als in dessen Arbeitszimmer die pekuniäre Fragen zwischen beiden Herren erledigt wurden.

Als er dann am Abend das im festlichen Glanz erstrahlende Haus seiner Schwiegereltern betrat und Ellen ihm, trotz ihrer äußerstkostbaren und geschmackvollen Toilette, so unschön erschien, da kostete es ihn direkt Ueberwindung, ihr den Tribut an Zärtlichkeiten, den sie glückstrahlend einforderte, zu zahlen. Etwas wie Widerwille gegen dieses kraftlose, hagere Mädchen stieg in ihm auf und ihre offen zur Schau getragene Glückseligkeit machte ihn ganz nervös.

Das wurde noch schlimmer, als Fee am Arm Ritters den herlich geschmückten Saal betrat. Wie eine junge Königin, stolz und schön, von unbeschreiblichem Liebreiz umflossen, schritt sie an der Seite ihres Verlobten dahin. Ein wenig bleich sah sie aus und die Augen blickten stolz und kalt, mit einem etwas müden Glanz, aber nie war sie Harry Forst so sinnverwirrend schön erschienen wie an diesem Abend.

Hans Ritters Verlobung mit Felicitas Wendland hatte entschieden mehr Sensation hervorgerufen, als die Forsts mit Ellen Volkmer. Fee hörte von vielen Seiten lächelnd behaupten, daß man schon längst die Verlobung Forsts mit Ellen vorausgesehen hatte. Jeder wollte es an irgendeinem Zeichen gesehen haben — nur Felicitas hatte nie etwas bemerkt, was ihren Argwohn hätte erregen können. Erstens hatte sie während des Trauerjahrs sehr zurückgezogen gelebt und dann erfahren die beteiligten solche Neuigkeiten immer zuletzt.

Gegen ihren Willen standen heute auch Ritter und Fee im Mittelpunkte des Interesses, da man durch ihre Verlobung unbedingt überrascht worden war. Einige ganz Kluge wollten zwar bemerkt haben, daß Ritter auffallend viel bei Hofrats verkehrte, aber man hatte da mehr auf die Töchter des Hofrats geraten.

Die Hofrätin lächelte überlegen, wenn man ihr das erzählte, sie gab sich den Anschein, als hätte sie längst gewußt, daß Ritter Fee bevorzugte. Sie war eben eine kluge Frau.

Formell partipizierte natürlich auch das andere Brautpaar an den Ehren dieses Abends. Die jungen Damen der Gesellschaft debattierten eifrig darüber, ob Ritter oder Forst der „nettere" Bräutigam sei. Der Schönere war entschieden Forst nach der Ansicht der meisten, aber es gab doch viele, die Ritter vorzogen. Daß von den beiden Bräuten die Palme gebührte, darin waren sich alle einig und Ritter erschien entschieden als der Beneidenswerte.

Ellen Volkmer und Fee, die beide fast in demselben Alter waren, kannten sich sehr gut. Sie waren sogar von der gemeinsam besuchten Pension her befreundet. Zwar hatten sie nicht viel gemeinsame Interessen, sie waren sich doch immer herzlich begegnet.

Ellen Volkmer hatte immer ein wenig für die schöne, elegante Felicitas geschwärmt. Sie war ein gutmütiges Geschöpf, hatte einen weichen, anschmiegenden Charakter und war nur, als einziges und nicht sehr kräftiges Kind ihrer reichen Eltern, sehr verwöhnt und verzärtelt worden.

Als Ellen gehört, daß sich Felicitas am Abend vorher mit dem ihr als Geschäftsfreund ihres Vaters wohlbekannten Hans Ritter verlobt, hatte sie sehr bedauert, das Fest im hofrätlichen Hause nicht besucht zu haben.

Ihre Eltern hatten es für nötig gehalten, daß Ellen daheim blieb und sich schonte, damit sie heute an ihrem Ehrentage nicht abgespannt und müde sei.

Ellen begrüßte nun Felicitas mit großem Entzücken u. großer Herzlichkeit.

„Ach liebste Fee, wie reizend, daß wir uns beide zu gleicher Zeit verlobt haben!" rief sie, Fee umarmend und küssend.

Ritter und Forst standen neben den beiden Damen und maßen sich mit nicht sehr liebenswürdigen Blicken. Diese Begegnung hatte sich nicht vermeiden lassen. Die Beteiligten bewahrten jedoch ihre Haltung vollständig. Felicitas sah mit einem eigentümlichen Gefühl in Ellens schmales, farbloses Gesicht. Etwas wie Mitleid stieg in ihr auf, ein Mitleid, mit dem sich zugleich ein vorwurfsvolles Empfinden gegen sich selbst in ihr regte.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Amt Rheine

Mittwoch, den 19. Oktober 1921.

Teuerungszuschüsse für Empfänger von Militärgebührnissen

Von der Rentenstelle wird uns geschrieben: Den Empfängern von laufenden Militärversorgungsgebührnissen H ist mit Wirkung vom 1. August 1921 ab bis auf weiteres monatlich im voraus ein laufender Teuerungszuschuß zu zahlen; er beträgt:

1. für jede Witwe 25 Mark,
2. für jede Waise (auch Vollwaise) 15 Mark,
3. für jeden Elternteil 15 Mark.

Beispiele:

Eine Witwe, die für drei Kinder (Waisen) zu sorgen hat, erhält 25 + (3×15=) 45 = 70 Mark

Vater und Mutter (2 Elternteile) erhalten 2×15=30 Mark. Diese monatlichen Teuerungszuschläge sind vom 1. November ab den bisherigen Rentenbezügen hinzuzuzählen und auf den Quittungsformularen in einer Summe mit anzugeben. Die Empfangnahme der rückständigen Teuerungszulagen (August-September-Oktober) kann von Donnerstag ab bis einschließlich Mittwoch, den 26. ds. Mts. bei der Rentenstelle des Postamts unter Vorlegung der H-Quittung entgegengenommen werden. Wer nun Mühe und Zeitverlust ersparen will, kann auch am Zahltage selbst (Samstag, den 29.) im Paulushause, die rückständigen Beträge mit der Novemberrente abheben.

Der Familienlohn

Die Frage des Familienlohns spielt nicht nur in der Lohnpolitik, sondern auch in den Erörterungen der Sozialpolitiker derzeit eine wesentliche Rolle, was wohl daraus zu erklären ist, daß mit der Umwälzung in dem Schicksal Deutschlands eine Not über die den mittleren und niederen Ständen angehörigen kinderreichen Familien gekommen ist, die in ihrem Umfange den letzten Generationen kaum bekannt ist.

Eine Lösung hat man, wenn man die kleinen, das Problem selbst kaum berührenden Zugeständnisse, die man in Gesetzgebung, Wohlfahrtswirtschaft und Tarifverträgen gemacht hat, außer Betracht läßt, bisher noch nicht gefunden.

Die Lösung ist darum so schwierig, weil mit Recht erkannt wird, daß die Einführung des Familienlohns, besonders wenn sie sich etwa an die Zahl der Familienangehörigen anlehnen sollte, die Löhne der Familienlosen in starkem Maße beeinflussen müßte. Auf die Dauer wird man jedoch an einer grundsätzlichen Lösung, auf deren Weg unter Umständen sehr starke Erschütterungen des heutigen Organisationslebens liegen können, nicht vorbei kommen.

Wenn etwas übrigens zu begründen ist, dann ist es der Familienlohn. Anknüpfend an die Tatsache, daß jeder Mensch schon von der Natur aus, ohne daß es der Bestätigung durch die Staatsgesetze bedürfte, ein Recht auf das nackte Leben hat, ein Recht, das sich zunächst zwar gegen die Familie, in aufsteigendem Grade aber auch gegen die ganze Gesellschaft richtet, ist der Familienlohn ohne weiteres gerechtfertigt. Zugleich aber auch dargetan, daß der Anspruch sich letzten Endes gegen alle, also auch gegen etwa unverheiratete Arbeitskollegen richtet.

Freilich ist man um Ausflüchte diesem Standpunkt gegenüber nicht verlegen. So sagt man, auch der Unverheiratete habe Anspruch auf den Familienlohn. Denn er müsse in der Lage sein, sich eine Familie zu gründen. Aber hier ist man doch auf einem falschen Wege. Denn der Familienlohn ist nur vertretbar aus dem Existenzrecht heraus. Das setzt aber immer die Existenz eines Individuums voraus. So kann denn ein Unverheirateter für sich zwar Existenzrechte geltend machen, niemals aber für Personen, die noch garnicht vorhanden sind. Wo keine Rechtsträger sind, da kann auch kein Recht in Frage kommen.

Andererseits darf allerdings auch nicht verkannt werden, daß der Durchsetzung des Familienlohns sehr erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Es kann je nach ihrer Gestaltung dahin kommen, daß zwar der Familienlohn anerkannt ist, die Familienreichen zu einem erheblichen Teil arbeitslos werden und damit natürlich von dem Regen in die Traufe kommen.

Grundsätzlich wäre es daher Sache solidarisch sich fühlender Berufsstände, durch Familienzuschüsse, die durch Umlage bei den Berufsgenossen gewonnen werden müßten, den Familienreichen den Familienlohn zu sichern.

Da wir solche solidarisch fühlenden Berufsstände aber nicht haben und ihre Schaffung von heute auf morgen garnicht erreichbar ist, so bleibt, weil es sich im Familienlohn um ein Rechtsobjekt handelt, im Augenblick nur der Eingriff der Staatsgewalt möglich und vertretbar. Der einzig praktisch mögliche Weg für diese ist u. E. aber nur der, den Familienreichen aus einer Versicherungskasse, in die die Arbeitgeber Beiträge zu zahlen haben, Lohnzuschläge zu gewähren, die sich nach der Zahl der Familienangehörigen zu richten hätten, welche sich noch nicht selbst ernähren können. Man kann sich eine solche Einrichtung in Anlehnung an die Gemeinde, an die Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung, ja auch an die Unfallversicherung denken.

× **Ein Kellerbrand in Rheine.** Am gestrigen Dienstag um die Mittagsstunde ertönte plötzlich die Brandsirene, die die Freiw. Feuerwehr zu dem Hause der Firma Eickens an der Emsstraße rief. Dort war im Keller in der Nähe der Heizungsanlage ein Brand ausgebrochen. Schon einige Minuten nach der Alarmierung war unsere Freiw. Feuerwehr vollständig zur Stelle. Der Brand konnte aber von den Hausbewohnern mittels Feuerlöschapparaten inzwischen gelöscht werden. Die Nachricht von dem Brande hatte eine ansehnliche Zuschauermenge herbeigelockt.

= **Unglücksfall auf dem Rummelplatz.** Am Montag nachmittag ereignete sich auf dem Kirmesplatz bei Beesten ein Unglücksfall. Infolge Unvorsichtigkeit stürzte dort ein Mann aus einem Wagen der Achterbahn und zog sich einen Beinbruch zu. Der Verunglückte wurde dem Krankenhause überwiesen.

=== **Eisenbahnpersonalie.** Der Betriebsassistent Bültel in Salzbergen wurde zum Eisenbahnassistenten ernannt.

Einführung einer Arbeitslosenversicherung. In der letzten Ausgabe des Reichsarbeitsblattes wird der neue Entwurf eines Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung veröffentlicht, der sich von dem bereits vorliegenden Entwurf dadurch unterscheidet, daß er auf die gegenwärtigen unständigen Verhältnisse des Wirtschaftslebens Rücksicht nimmt und demgemäß an Stelle der Erhebung fester Beiträge ein Umlageverfahren ähnlich der für die Unfallversicherung geltenden Regelung vorsieht Die Aufbringung der Mittel soll zu je einem Drittel durch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgen, während sich in das restliche Drittel Reich (drei Sechstel), Länder (zwei Sechstel) und Gemeinden (ein Sechstel) zu teilen haben würden. Unbedingt anzuerkennen ist die gegenüber dem ersten Entwurfe wesentlich stärker in den Vordergrund gerückte Mitwirkung der Arbeitsnachweise und eine Zurückdrängung des Einflusses der Krankenkassen, wie das angesichts der stärkeren Wesensverwandschaft mit den Arbeitsnachweisen in der Kritik des ersten Entwurfes faß allgemein zum Ausdruck gekommen ist. Als Mangel muß es dagegen bezeichnet werden, daß im Entwurf weder über die Stellung der Organisationsstellennachweise noch auch der Ersatzkrankenkasse näheres gesagt ist. Auch sonst bringt der Entwurf Vorschläge, die vom Standpunkte der Angestellten aus nicht gutgeheißen werden können. Hingewiesen sei hier nur auf die beabsichtigte Ermächtigung des Arbeitsministers, die Beschäftigung orts- und berufsfremder Personen zu beschränken. Das würde — wie uns der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA.) mitteilt — nichts anderes als eine Neuauflage der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen bedeuten, die wegen ihrer die Freizügigkeit hemmenden und die Stellenlosigkeit geradezu fördernden Wirkung erst unlängst zu Falle gebracht worden ist und nach deren Rückkehr in Angestelltenkreisen nicht das geringste Verlangen besteht.

Bare Vorauszahlungen auf das Reichsnotopfer. Das Finanzamt Münster Land und Steinfurt teilt mit: Da es den meisten Steuerpflichtigen nicht genügend bekannt ist, wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, daß für die bis zum 31. Dezember 1921 auf das Reichsnotopfer geleisteten baren Vorauszahlungen eine feste Vergütung von vier vom Hundert des gezahlten Betrages gewährt wird, sodaß für je 96 Mark solcher Zahlung mithin ein Notopferbetrag von 100 Mark als getilgt gilt. Für die beschleunigt in drei Raten zu leistenden Notopferzahlungen wird diese Vergünstigung nur dann gewährt, wenn die Barzahlung mindestens drei Monate vor Eintritt der Fälligkeit dieser Zahlungen erfolgt.

Abendkurse an der Fortbildungsschule Rheine. Wir weisen die Kursusteilnehmer auf die Bekanntmachung des Direktors hin, wonach sich dieselben heute abend (Mittwoch, den 19. ds. Mts.) um 8 Uhr im Falkenhof versammeln sollen. Die eingerichteten Kurse und die Kursustage werden an diesem Abend mitgeteilt. Wer an einem Kursus teilnehmen möchte und sich noch nicht angemeldet hat, kann heute abend dortselbst die Anmeldung noch erledigen.

Gefährdung der Kartoffelversorgung! Man schreibt uns: Gefahrdrohende Erscheinungen treten in starkem Maße auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung auf. Aus fast allen Produktionsgebieten wird gemeldet, daß Aufkäufer in Scharen auftreten und zum Teil geradezu unerhört hohe Preise für Kartoffeln bieten. Große Mengen sind schon jetzt auf diese Weise abgeführt worden. Zeitungsmeldungen berichten darüber, daß es Firmen gibt, die sich nicht scheuen diese für uns so wichtige Volksernährung in das Ausland zu verschieben. Für derartige Handlungsweisen gibt's keinen Ausdruck. Aber auch im Inland werden Kartoffeln von sogenannten wilden Aufkäufern zu entsprechend höheren Preisen verschachert. Von den Aufkäufern für die industriellen Werke zur Versorgung der Abeiter und Angestellten darf wohl mit Recht erwartet werden, daß sie diese Preistreibereien nicht mitmachen. Wer sich an solchen „Geschäften" beteiligt, einerlei ob als Verkäufer oder Aufkäufer versündigt sich am deutschen Volke. Keine Strafe ist für einen derartigen Verrat schwer genug! Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA), Gauleitung Essen, hat sich ebenfalls eingehend mit dieser Frage beschäftigt. In Beschwerdeschriften an alle maßgebenden Regierungsstellen ist die Ergreifung geeigneter Maßnahmen und Ahndung solcher Verbrechen mit schweren Strafen gefordert worden.

Zur Ortsklasseneinteilung. In einer vor kurzem abgehaltenen Sitzung des 23. Ausschusses des Reichtages wurde von einem Mitgliede der Regierung hervorgehoben, daß es wahrscheinlich möglich sein würde, das neue Ortsklassenverzeichnis Ende dieses Monats dem Reichsrat zuzustellen. Die an dieser Stelle vor einiger Zeit gebrachte Mitteilung, die endgültige Erledigung des Ortsklassengesetzentwurfes würde durch den Reichstag nicht vor Ende November erfolgen, wird daher zutreffen.

::: **Entvölkerung der Schulen.** In unseren Schulen wird sich in den nächsten Jahren eine durchgreifende Aenderung vollziehen. Ganz abgesehen davon, daß mit Rücksicht auf die ungünstigen Zeitverhältnisse einerseits und die höheren Schullasten anderseits, die zu höheren Schulgeldern führen werden, die Gymnasien, Lyzeen usw. längst nicht so besucht sein werden als bisher, dürfte vor allem auch bei den Volksschulen eine sehr starke Minderung ihrer Besucherzahl eintreten. Wir müssen nämlich bedenken, daß die Zahl der Geborenen die für die Jahre 1909 bis 1914 in Preußen jährlich mehr als 1,2 Million betrug, nach einem Abstieg von rund 300 000 im Jahre 1915, in den Folgejahren, und zwar in den Jahren 1916, 1917, 1918 und 1919 auf jährlich unter 700 000 fiel, so daß wir für jedes der Jahre 1922, 1923, 1924, 1925, selbst wenn wir einen relativen Zugang an Volksschülern aus Anlaß der Minderung des Besuchs der höheren Schulen ansetzen, mit einer Verringerung der ABC-Schützen für Preußen von mehreren Hunderttausend pro Jahr rechnen können, was im Volksschulwesen seinen Höhepunkt in den Jahren 1325 bis 1930 finden muß. Auf dem heutigen Gebiete des Reichs haben wir rund 10 Millionen Schulkinder. In den Jahren 1925—1930 wird sich diese Zahl auf rund dreiViertel, auf etwa 7,5 Millionen herabsetzen, eine derartig gewaltige Minderung, daß sie nicht ohne Einfluß auf unser gesamtes Schulwesen bleiben kann. Damit ist aber zugleich auch gekennzeichnet, welche Aussichten der Lehrerberuf im nächsten Jahrzehnt haben wird.

Provinznachrichten.

)(**Gronau**, 17. Okt. **Der Tiefstand der Valuta** macht es den Holländern möglich, in Deutschland jeden Preis zu bezahlen. Gelegentlich der diesjährigen Herbstkirmes war die Grenze geöffnet. Zu Tausenden strömten die Grenznachbarn nach hier. Der Andrang war so gewaltig und die Kauflust der Holländer so groß, daß vor den Geschäften eine Erscheinung aus der Kriegszeit, das sogenannte Reihenstehen, wieder zu sehen war. Die Geschäftsleute haben ausgezeichnete Geschäfte gemacht. Die Festbesoldeten sind nicht so sehr erbaut von der Kauflust der Holländer, da eine Verteuerung der Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens dadurch nicht ausbleiben wird. Man schätzt, daß die Holländer an zwei Kirmestagen 1½ Millionen Mark umgesetzt haben. Der Grenzübertritt war gestattet gegen eine Gebühr von ½ Gld. Dadurch sollen 330 000 Mark eingekommen sein, welche Summe zur Hälfte dem Staat, zur anderen Hälfte der Kreisfürsorgestelle zufließt.

)(**Bocholt**, 17. Okt. **Die Fleischvergiftungen.** Die Zahl der an Fleischvergiftung erkrankten Personen ist über 100 gestiegen. Todesfälle sind bisher nicht zu verzeichnen. Das Fleisch stammte von einem aus Vreden eingeführten, lungenkranken Pferd, das nach der Notschlachtung von einem Tierarzt freigegeben worden war. Das Geschäft des betreffenden Metzgermeisters ist polizeilich geschlossen worden.

)(**Recklinghausen**, 17. Okt. **Der Schatz in der Truhe.** In Westerholt fand ein Handwerker auf dem Boden einer alten Truhe, die ihm zur Reinigung übergeben war, unter starkem Pappkarton eine große Zahl älterer Silbermünzen. Der Fund stellte einen ansehnlichen Wert dar.

)(**Herne**, 17. Okt. **Gefährliches Spiel.** Beim Spiel mit sog. Flitzbogen wurden hier zwei Kinder so unglücklich von den abgeschnellten Pfeilen getroffen, daß sie ein Auge verloren.

)(**Wattenscheid**, 17. Okt. **Todessturz eines Fünfundsiebzigjährigen.** Hier stürzte der 75 Jahre alte Invalide Friedr. Jäger aus einem Fenster seiner im vierten Stockwerk belegenen Wohnung. Der alte Mann, der an Schwermut litt und in letzter Zeit wiederholt Selbstmordgedanken geäußert hatte, war sofort tot.

)(**Wanne**, 18. Okt. **Ein gewissenloser Metzger.** Nach dem Genuß von sogenannter Braunschweiger Mettwurst aus dem Laden des Metzgermeisters Boeder, Hindenburgstraße, war eine Anzahl Personen an Wurstvergiftung erkrankt. Als Boeder dies mitgeteilt wurde, entfernte er das verdorbene Fleisch aus den Därmen des Restbestandes und verwandte es wieder zu Wurst, was weitere Erkrankungen unter seiner Kundschaft zur Folge hatte. Der gewissenlose Mann wird seiner Bestrafung nicht entgehen. Glücklicherweise sind die bisher bekannt gewordenen Erkrankungen nicht lebensgefährlich. Das Nahrungsmitteluntersuchungsamt hat die Wurst als verdorben bezeichnet.

)(**Duisburg**, 18. Okt. Mehrere Männer bestiegen [illegible] wand genähten Paket einen Straßenbahnwagen der nach dem Friedhof fahrenden Linie 3 und legten die Bürde auf die Plattform, sodaß mindestens der Raum von drei Sitzen eingenommen wurde. Auf die Beschwerde der Mitfahrenden und die Aufforderung des Schaffners, das Paket wenigstens auf dem Schoß halten, wurde erwidert, das ginge nicht; es handele sich um einen Gedenkstein, den man vorsichtig behandeln müsse. Am Friedhof angekommen, wurden das Paket und die Träger von einer größeren, in Schwarz gekleideten Gesellschaft in Empfang genommen und es stellte sich heraus, daß es sich um einen in Sackleinewand genähten Sarg mit der Leiche eines Erwachsenen handelte, die zur Beerdigung auf den Friedhof gebracht werden sollte. Offenbar hatte man die Kosten des Leichenwagens sparen wollen und dafür die billige Elektrische benützt.

Wirtschaftliche Rundschau

Nach dem Stande vom 17. Oktober 1921.

Allgemeine Lage. Von Woche zu Woche zeigt es sich immer mehr, daß Deutschland vor eine Aufgabe gestellt worden ist, die seine finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte übersteigt und welche es nicht erfüllen kann. Die gegenwärtige Konjunktur darf uns nicht täuschen über unser finanzielles und wirtschaftliches Elend. Nach und nach beginnt auch bei der Entente das Erkennen, daß bei dem schließlichen Zusammenbruch Deutschlands auch andere Länder mit hineingezogen würden. Hinter den Kulissen der Entente taucht bereits die Frage auf, welche Schritte unternommen werden müssen, um dieses drohende wirtschaftliche Chaos zu vermeiden.

Geldmarkt. Wenn an der Börse weiter umfangreiche Käufe vorgenommen worden sind, wodurch die Kurse überwiegend gesteigert wurden, ist die Haltung doch eher unsicher geworden, da man wegen der oberschlesischen Frage und der allgemeinen politischen Lage große Besorgnisse hegt.

Handel und Industrie. Die Beschäftigungslage hat sich im allgemeinen nicht verändert. Der niedere Stand unserer Valuta brachte dem Handel und vor allem der Export-Industrie eine weitere Belebung. Verschiedene Zweige sind auf Monate hinaus mit Aufträgen eingedeckt. — Der Berliner Vertreter des „Newyork Herald" schreibt, daß Deutschland bereit sei, seine industriellen Besitzungen bis zu einem Werte von 2 Milliarden als Bürgschaft für eine auswärtige Anleihe hinzugeben. — Britisch-Indien hat neuerdings seine sämtlichen Aufträge auf Eisenwaren der deutschen Industrie zukommen lassen. — Die landwirtschaftlichen Maschinen wurden um weitere 10 Prozent im Preise erhöht.

Kohlen. Die arbeitstägliche Kohlenförderung des Ruhrbeckens im September wird sich voraussichtlich auf etwa 299 000 To. stellen gegen 298 800 im August und 299 800 im Juli. Die Klagen über Kohlenmangel mehren sich. Die neue Kohlenpreiserhöhung ist wegen Verzögerung der Kohlensteuererhöhung erst für Dezember in Aussicht genommen. — Die Preise für Saarkohlen wurden am 1. Oktober um 7 ℳ je Tonne ermäßigt.

Warenmarkt. Die Preisbewegung auf den Warenmärkten hat im allgemeinen weiter eine steigende Tendenz angenommen. Die Aufwärtsbewegung für Häute und Felle entfachte am Ledermarkt verstärkten Begehr, der zur Erweiterung der Umsätze und zu Preiserhöhungen führte. — Die für die Weltversorgung maßgebende amerikanische Baumwollernte ist dieses Jahr so klein, wie sie in den letzten 35 Jahren nicht erlebt worden ist.

Landwirtschaft. Die neue Zuckerernte wird sich auf etwa 22—25 Millionen Doppelzentner Rohzucker belaufen, was eine Mittelernte bedeutet. (1920: etwa 20 Millionen.) Eine Zuckerknappheit ist nicht zu befürchten. Die Zuckererzeugung Europas schätzt man auf 77,9 Millionen Zentner. (1920: 73.9, 1919: 52.4 Millionen.)

Produktenmarkt. Durchschnittsnotierungen: Berlin: Weizen 233—235, Roggen 187—189, Wintergerste 220—225, Sommergerste 225—272, Hafer 193—196, Stroh 20—24, Heu 55—28, Kleeheu 90—100 ℳ; Süddeutschland: Weizen 238—245, Roggen 190250, Gerste 245—280, Hafer 180—195, Heu 80—105, Kleeheu 100—110 (Bayern Höchstpreise), Stroh 25—35 ℳ.

Lebenshaltung. Trotz der Valutaverschlechterung ist die Brotversorgung hinsichtlich der Menge und Güte gesichert. Neben dem Umlagegetreide sind noch in Zeiten günstigen Valutastandes erhebliche Getreidekäufe im Auslande getätigt worden. — Die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten ist im September gegenüber dem Vormonat um 17 Punkte oder 1,6 v. H. auf 1062 gestiegen. Gegenüber Januar d. J. beträgt die Steigerung der Ernährungsausgaben 12,1 v. H.

Holzmarkt. Die Aufwärtsbewegung der Holzpreise macht weitere Fortschritte. Auch im Brettergeschäft ist merkliche Belebung festzustellen. Die Fachblätter bezeichnen als ungefähre niedrigste Preisgrenze für 1" starke, unsortierte sägefallende Bretter etwa 650 ℳ je cbm frei Bahnwagen der Versandplätze. Die Preise der sortierten Bretter folgen langsam.

Baumarkt. Am 8. Oktober beträgt der Höchstpreis für Zement im Gebiete des Norddeutschen Zementverbandes 3950 ℳ, im Gebiete des Rheinisch-Westfälischen 3750 ℳ und des Süddeutschen Zementverbandes 4000 ℳ für 10 000 Kg. ab Werk ohne Verpackung für Lieferung an private Abnehmer. Für Staatslieferungen sind die Preise 3880, 3680 und 3930 ℳ.

Verkehr. Infolge des Wetters ist der Wasserstand der Flüsse weiter zurückgegangen. — Im September hat die deutsche Schiffahrt sich in Antwerpen den dritten Platz erobert.

Vereins-Kalender

Kathol. Gesellenverein. Mittwoch, den 19. Oktober, abends 8.30 Uhr Religionsvortrag mit nachfolgendem Diskussionsabend. In dieser Woche konnte der Donnerstagabend nicht eingehalten werden.

Kathol. Arbeiterverein St. Paulus. Mittwochabend 8 Uhr Vorstandssitzung.

Handelsnachrichten.

Kursbericht

Mitgeteilt von der

Osnabrücker Bank, Zweiganstalt Rheine.

Devisenkurse.

Berlin, den 18. Oktober 1921.

	vor. Kurs	Kurs vom 18. Okt.	Höchste bish. Gr	Friedens stand
Amsterdam Rotterdam	59 5	6531.55	6531 55	168.75
Antwerpen and Brüssel	1326	1326,35	—	—
Kopenhagen, . . .	3343 35	3653 65	1701.50	112.50
London	705.75	745.75	350.65	20.40
New-York	185.19	181.19	104.10	4.20
Paris	1351.35	1326 35	710.20	81.30
Schweizer Plätze .	3603 60	3503.50	7101.—	91

Rotationsdruck und Verlag von Joseph Ultmeyyen, Buchdruckerei und Zeitungsverlag. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Schriftleiter Heribert von Borst, für den Anzeigen- und Reklame-Teil Joseph Ultmeyyen, sämtlich in Rheine.
Bei Eintritt höherer Gewalten, Papiermangel, Versagen der Lieferungsmittel, wird keine Gewähr für Lieferung geleistet auch nicht für Anzeigen bezüglich Platz und Tag der Aufnahme. Rückzahlung der Bezugsgelder wegen ungenügender Lieferung ausgeschlossen.
Für Aufbewahrung und Zurückgabe unverlangter Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

...tannt

Heinz Pieke u. Frau Käthe
geb. Münnich.

...winkel, den 17. Oktober 1921

†

Dem Herrn über Leben und Tod hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, Dienstagmorgen 10 Uhr meinen innigstgeliebten Mann, meiner beiden Kinder treusorgenden Vater, unsern guten Bruder, Schwager u. Onkel, den

Ingenieur

Hermann Luttmer

nach kurzer schwerer Krankheit zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Er starb nach einem gut christl. frommen Lebenswandel, versehen mit den hl. Sterbesakramenten im 40. Lebensjahre und nach 13-jähriger, überaus glücklichen Ehe sanft und ruhig im Herrn.

Um stille Teilnahme bitten

Rheine, den 18. Oktober 1921.

Die tiefbetrübte Gattin
nebst Kindern und Angehörigen.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Freitag, den 21. Oktober morgens 8½ Uhr in der alten Pfarrkirche, gleich darauf die Beerdigung.

†

Das Jahres-Seelenamt

für den im Kriege vermißten

cand. theol. Jos. Schürmann

findet am Freitag morgen 8 Uhr in der alten Pfarrkirche statt, wozu wir Verwandte und Bekannte freundlichst einladen.

Familie Ww. H. Schürmann
Dutum bei Rheine.

Bekanntmachung.

Der Landwirt und Zimmermann Hermann Dierkes zu Nordwalde, Bauerschaft Westerode hat die Genehmigung zur Ansiedlung auf dem außerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortschaft in der politischen Gemeinde Rheine links der Ems belegenen unbebauten Grundstücke Flur 16 Parzelle 291/23 der Katastergemeinde Rheine links der Ems beantragt.

In Gemäßheit des § 16 des Gesetzes vom 10 August 1904 bringe ich diesen Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß gegen denselben von den Eigentümern, Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen bei dem Kreisausschuß zu Burgsteinfurt Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch sich auf Tatsachen begründen läßt, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Ansiedlung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- oder Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei gefährden werde.

Rheine, den 18. Oktober 1921.

Der Gemeindevorsteher: Leugermann.

Kolonialwaren-Großhandlung sucht
tüchtigen Vertreter
zum Besuch der Stadtkundschaft.
gegen ...ission.
Offerten unter Z. Z. 299 an die Geschäftsst.

...lenmarken-Ausgabe

...gabe der Kohlenmarken für die Winter... die Einwohner der Stadt Rheine erfolgt ...n Tagen und zwar soweit nicht anders ...n dieser Bekanntmachung vermerkt, vormittags von 9—12 Uhr und nachm. 3—5½ Uhr für den Bezirk A im Pol. Wachtlokal, Grabenstraße und zwar für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben

A—M am Mittwoch, den 19. ds. Mts.
N—Z am Donnerstag, den 20. ds. Mts

Für den Bezirk B im Arbeitsnachweis (Rathaus) Eingang für die männliche Abteilung und zwar für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben

A—L am Mittwoch, den 19. ds. Mts
M—Z am Donnerstag, den 20. ds. Mts.

Für die Haushaltungen des Bezirks C am Sonnabend, den 22. ds. Mts. ebenfalls im Arbeitsnachweis (männl. Abteilung) jedoch nur vormittags von 5½—12½ Uhr.

Die Ausgabe erfolgt nur in den entsprechenden Terminen gegen Vorzeigung der Lebensmittelkarte.

Um eine schnellere Abfertigung zu erreichen, sind die alten Markenumschläge bei Anforderung der neuen Marken vorzulegen.

Haushaltungen, welche für sämtliche drei Lieferungen Vorratskarten abgeholt haben, erhalten bis zum 1. Mai 1922 keine weitere weiteren Brennstoffe. Die evtl. noch nicht aufgerufenen Karten werden in nächster Zeit beliefert. Diejenigen Haushaltungen, welche eine oder zwei Vorratskartenlieferungen bezogen haben, dürfen davon nur dieselbe Menge verbrauchen, welche den übrigen Versorgungsberechtigten, die ihren Bedarf auf Monatskarten beziehen, von Monat zu Monat zugeteilt werden und erhalten deshalb erst nach Ablauf des entsprechenden Zeitraumes neue Karten. In Zweifelsfällen erteilt die Ortskohlenstelle (Zimmer 24 des Rathauses) vom 24. ds. Mts. ob Auskunft.

Die Umschläge sind vor Verlassen des Ausgabelokals auf die Richtigkeit ihres Inhalts zu prüfen. Spätere Reklamationen können nicht berücksichtigt werden.

Rheine, den 17. Oktober 1921.

Der Bürgermeister.

Abendkurse an der Fortbildungsschule.

Die Kursusteilnehmer versammeln sich Mittwoch, den 19. ds. Mts. abends um 8 Uhr im Falkenhof. Anmeldungen werden dort noch entgegen genommen.

Rheine, den 17. Oktober 1921.

Der Direktor.

Rheiner Fahrzeughaus
Hermann Beimesche,
Markt 7, Fernruf 22, Sedanstr. 4.

Automobile
Fahrräder
Reparaturen Reparaturen

Wer liefert
10-12 Ztr. gute Speisekartoffeln
Angebote unt. A H 33 an die Geschäftsstelle.

Kiefern-Brennholz
in Ofenlänge geschnitten, in kleineren u. größeren Posten hat sofort abzugeben
Jos. Kleihues Rheine.

Suche
2 Zimmer
und Kochgelegenheit
Schwester
Dora Nommensen,
Fabrikpflegerin.

Besserer Herr sucht freundlich
möbl. Zimmer
am liebsten Emstor.
Ang. unt. ‚101' an die Geschäftsstelle.

Angestellter sucht
möbl. Zimmer
Ang. unt. S en die Geschäftsstell.

Habe
möbl. Zimmer
mit Morgenkaffee an jg. Fil oder Herrn abzugeben.
Näh. Geschäftsstelle.

Junges Ehepaar kinderl.
Beamten-Anwärter sucht
3 Zimmer-Wohnung
Ang. unt. H. F. 02 an die Geschäftsstelle.

Ein
möbl. Zimmer
zu vermieten.
Näh. Geschäftsstelle.

Empfehle mich für nachmittags
Leib- u. Stärkewäsche zu bügeln
außer dem Hause.
Näh. Geschäftsstelle.

Erfahrenes, zuverlässig.
Mädchen
für ganze oder halbe Tage gesucht.
Frau Jos. Sondermann,
Lindenstr. 104.

Suche für 2 Pferde
Beschäftigung
am liebsten dauernd für eine Firma.
Ang. unt. ‚100' an die Geschäftsstelle.

Geldschrank
äußerst preiswert zu verkaufen. Angebote unt. Geldschrank an die ...

Haus-Verkauf.

Im freiwilligen Auftrage werde ich am Mittwoch, den 19. ds. Mts., nachmittags um 4 die

Hausbesitzung

des Herrn Bernhard Niemeyer in Eschendorf, Hochstraße Nr. 8 in der Nähe der evangelischen Schule an der Gellendorfer Straße an Ort und Stelle öffentlich meistbietend zum Verkauf aussetzen.

Rheine, d. 15. Okt. 1921.

Joseph Vollmer,
beeidigter Auktionator.

Zum sofortigen Eintritt wird ein 17jähriger
Junge
gesucht für Büroarbeit mit guter Handschrift.
Angebote unter R 14 an die Geschäftsstelle.

Schulmädchen
für einige Stunden des Nachmittags gesucht.
Näh. Geschäftsstelle

Habe einen guten zugfesten, fehlerfreien, 2½ jährigen, mittelschweren
Wallach
preiswert zu verkaufen.
Ww Schürmann,
Mesum Albrock.

Habe noch mehrere 6 Wochen alte
Ferkel
abzugeben.
Hermann Ficker,
Eschendorf.

Stroh-Verkauf.
Verkaufe am Donnerstag, den 20. Oktober bei Kemper in Altenrheine einen Posten
Stroh.
Ww. Pötter, Altenrheine.

Eine Brosche
(Dreimarkstück)
verloren.
Näh. Geschäftsst.

Gebrauchtes
Kinderspielzeug
gleich welcher Art zu kaufen gesucht.
Preuß, Elterstr. 1.

Nehme noch
Kundschaft
zum **Waschen, Flikken u. Putzen** an
Näh. Klosterstr 17, abends nach 7 Uhr.

!Haustausch!

Greven — Rheine

Tausche mein in Greven gelegenes Wohnhaus Küche 7 Zimmer alle Bequemlichkeiten gegen ähnliche in Rheine oder nähere Umgebung. Gefl. Ang. erbitte unter „5503" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Achtung! **Achtung!**

Wieder diese Woche
nur bis Sonnabend mittag
kaufe ich
zu abermals enorm erhöhten Preisen
Gold, Silber, Platin
Gegenstände wie Ringe, Uhren, Ketten, alte Silbermünzen usw.
Die Fahrt zu mir lohnt sich.
Fahrgeld wird vergütet.
H. Dieckmann, Osnabrück
Neuergraben 5, (5 Min. v. Bahnhof).

Einige Putzer und Arbeiter
gesucht zum Kirchenneubau in Suttrup bei — Freren. Gute Unterkunft. —
Heinrich Roß, Rheine,
— Baugeschäft. —

Ia. Rote Speise-Möhren
heute früh von 9 Uhr ab
auf dem Güterbahnhof
per Zentner 60.— Mark.
Johann Hall.

Overall-Seifenpulver
vom Guten das Beste
in Paketen und Taschentuchpackung
überall erhältlich.
Unsere Qualität! Unsere Reklame!
Fabrikniederlage: **Rheine,** Telef. 323.

Verkaufe von heute Mittwoch morgen an der Bahn in Rheine einen Waggon
Runkeln
Zentner 32.- Mark.
Jos. Wilp.

Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp., **Rheine** i. W.

Fernruf 55 u. 56. Reichsbank-Giro-Konot. Postscheck-Konto Cöln 107008

Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte.